

## Pressespiegel vom 26. bis 28.02.2011

### Sächsische Zeitung

#### **Wir brauchen den friedlichen Protest möglichst vieler Dresdner**

*Von Christian Demuth*

*Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die SZ Essays, Kommentare und Analysen zu Themen, die aus der ganz persönlichen Sicht des Autors Denkanstöße geben sollen. Heute: Christian Demuth vom Verein Bürger.Courage entwickelt Ideen, wie man in Dresden künftig gemeinsam die Aufmärsche von Neonazis verhindern könnte.*

Die absolute Mehrheit der Dresdner will die Nazis nicht in ihrer Stadt. Dresdens Problem ist aber, dass sie nicht freiwillig gehen werden. Der jährliche Aufmarsch in Dresden ist nicht irgendeine Veranstaltung. Er ist der wichtigste Aufmarsch von Nazis in ganz Europa. Es ist daher nicht nur eine Dresdner Angelegenheit, ob die Nazis hier laufen – ob dies manchem passt oder nicht. Fakt ist auch: Städte, die den Rechten etwas entgegengesetzten, wurden belohnt: In Jena und Wunsiedel kamen die Nazis nicht wieder. Die Strategie unserer Landes- und Stadtpolitik, die Nazis einfach zu ignorieren, kann also als gescheitert betrachtet werden.

Seit 2010 hat sich aber dennoch etwas geändert: Friedliche Blockaden und Menschenketten haben dazu geführt, dass dieses Jahr weniger Nazis nach Dresden kamen. Und auch 2011 waren Blockade und Menschenkette erneut erfolgreiche Mittel gegen die Naziaufmärsche. Allerdings eskalierte am Rande der friedlichen Proteste die Gewalt von Nazis und Randalierern aus der autonomen Hooligan-Szene. Es stellt sich also die Frage, wie die Erfolge der letzten Jahre verstetigt werden und die negativen Begleitumstände in Zukunft vermieden werden können?

Die Ausgangsbedingungen für die nächsten 12 Monate sind klar: Am Montag, 13. Februar, und am Samstag, 18. Februar 2012, werden Nazis wieder durch Dresden marschieren. Keiner kann behaupten, er hätte das nicht gewusst.

Wir schlagen ein „Bündnis der Bürger“ vor, das von Bürgern, Institutionen, Parteien und Vereinen in Zusammenarbeit mit Stadt, Verwaltung und Polizei den Protesten einen Rahmen gibt. Ergebnis der Arbeit muss eine tragfähige Strategie im Umgang mit Rechtsextremismus im Allgemeinen und gegen den Naziaufmarsch im Besonderen sein. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass dies nur dann möglich ist, wenn dieser Prozess auf Augenhöhe und gleichberechtigt geschieht. Es kann nicht sein, dass – wie dieses Jahr der Fall - das Rathaus aufgrund politischen Drucks eigenmächtig einen Absatz aus einem vorher gemeinsam formulierten Aufruf an die Dresdner Bürger streicht. Drei Aufgaben stellen sich für einen runden Tisch: 1) Wie verleiden wir den Nazis den Aufenthalt in unserer Stadt? 2) Wie schaffen wir es, friedlichen Bürgerprotest zu mobilisieren? 3) Wie kann der Gewalt am Rande friedlicher Proteste begegnet werden?

Ausgangspunkt für eine solch grundlegende Diskussion muss eine Reflexion der

Fehler sein, die alle Beteiligten in den letzten Jahren mitverantwortet haben. Zum Konsens muss etwa gehören, dass verschiedene Konzeptionen des Protests nicht gegeneinander ausgespielt, sondern konstruktiv diskutiert werden. Ein „Bürgerfest“ oder gar „Karneval gegen Nazis“ verbieten sich daher am 13. Februar genauso wie ein Verbot friedlicher Gegenproteste in Hör- und Sichtweite des Naziaufmarsches – gedeckt durch Artikel 8 des Grundgesetzes.

Rein symbolische Akte sind zu wenig: Die Menschenkette ist eine gute Idee, sie ist aber zahnlos, findet sie nicht zeitgleich mit Naziaufmärschen statt. Wir Dresdner erachten es als unsere demokratische Pflicht, nicht nur zuzuschauen, wenn Nazis die Straße erobern wollen. Man darf nicht vergessen, dass die Blockadeaufrufe erst eine solche Dimension annahmen, weil der Bürgerprotest in Hör- und Sichtweite der Naziaufmärsche von Behörden nicht unterstützt, sondern geradezu verhindert wurde! Ziviler Ungehorsam wurde dadurch legitim.

### **Prognose: 50.000 friedliche Demonstranten**

Ein weiterer wichtiger Punkt sind offene Kooperationsgespräche im Vorfeld des 13. Februar, wie man es den Nazis mit rechtlichen Mitteln, wirklich schwer macht, aufzumarschieren. In anderen Städten bereits der Normalfall, wäre dies für Dresden Neuland. Die Dresdner Bürger dürfen nicht weiter verunsichert, sondern durch Stadt und Polizei bestärkt werden: Wir brauchen den friedlichen Protest möglichst vieler Dresdner.

Eine Mobilisierung der Dresdner wird dabei nicht gleich funktionieren, zu lange wurden friedliche Proteste diffamiert. Eine Verunglimpfung von Unterstützern als „Krawalltouristen“ verbietet sich daher. Wir halten es aber für möglich, dass mittelfristig in Dresden über 50.000 Menschen einem Naziaufmarsch friedlich entgegentreten und in Hör- und Sichtweite sagen: „Wir haben Nazis satt“. So haben auch Randalierer keine Chance, die friedlichen Proteste zu missbrauchen.

Eine schwere Hürde wird es sein, die politischen Konflikte zu lösen. Wir brauchen einen „Konsens der Demokraten“. Hier muss Tacheles geredet werden. In einem Bündnis der Bürger hat die Unterteilung in „linke“ und „bürgerliche“ Proteste keinen Platz. Es muss Schluss sein mit der Unterteilung in „gute“ und „schlechte“ Proteste. Jeder friedliche Protest ist gut.

### **Gefahr, in alte Muster zurückzufallen**

Dazu gehören klare Haltungen. Es war schwach, dass sich Ministerpräsident Tillich 2010 öffentlich freute, dass die Nazis nicht durch unsere Stadt marschieren konnten, als Ursache dafür aber die Menschenkette angab, obwohl es für jeden offensichtlich die friedlichen Blockaden waren.

Der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den Naziaufmarsch muss sich die ganze Politik, aber auch die Zivilgesellschaft stellen. Der von OB Orosz eingeschlagene Kurs muss hier weiterverfolgt werden. Ein eindeutiges Nein zur Gewalt von allen Beteiligten – auch von Organisatoren von Protesten – muss dabei

ebenso Grundlage der Bemühungen sein wie die differenzierte Betrachtung der Vorgänge abseits von parteipolitischem Kalkül. Ziviler Ungehorsam als friedliches Mittel eines entschlossenen Protestes ist eine Sache, die der Abgrenzung von Gewalttätern nicht im Wege steht!

Wir stellen jedoch fest, dass es an der Zeit ist, die Reflexion von Fehlern der Vergangenheit nicht im Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Setzt diese nicht ein, besteht die Gefahr, dass alle Akteure in die alten Muster zurückfallen und in die bekannten Schützengräben steigen. Ein „Bündnis der Bürger“ wird es so nicht geben.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2698973>

---

### **Wie andere Städte Neonazis los wurden**

*Von Thilo Alexe*

#### **Couragierter Protest von Bürgern und juristische Schritte verhindern Aufmärsche von Rechtsextremisten.**

Nach den Ausschreitungen rund um Neonazi-Versammlungen in Dresden ist die Debatte um Gegenstrategien entbrannt. Die Stadt plant für März einen runden Tisch, auch Innenminister Markus Ulbig hat eine Auswertung mit Experten angekündigt. Die SZ untersucht, wie andere Städte das Nazi-Problem los geworden sind.

#### **Beispiel Leipzig: Kreative Aktionen und breiter Protest**

Vor allem zum Anfang des vergangenen Jahrzehnts hat Leipzig eine wichtige Rolle in der Strategie von Rechtsextremisten gespielt. Beispiel 2002: Neonazis wollten im April zum symbolträchtigen Völkerschlachtdenkmal marschieren. Doch zum dritten Mal in Folge scheiterten sie. Einerseits, weil die rund 1000 Rechtsextremisten wegen stundenlanger Polizeikontrollen vor dem Hauptbahnhof festsaßen. Andererseits, weil rund 10000 Menschen friedlich protestierten.

Der damalige OB Wolfgang Tiefensee (SPD) hatte von Anfang an klar Position gegen die Neonazis um Christian Worch bezogen. Zudem haben die Leipziger in Pfarrer Christian Führer eine Integrationsfigur, hinter dem sich Nazi-Gegner aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vereinen können. Auch kreativer Protest zeichnet Leipzig aus. Seit 2004 macht die „Front deutscher Äpfel“ von sich reden – eine Art Spaßguerilla, die Nazis mit Humor und Parodie entlarvt. 2009 verhinderten Tausende Leipziger einen Marsch der Extremisten durch friedliche Proteste. Und im vergangenen Oktober mobilisierte OB Burkhard Jung (SPD) mit allen Rathausfraktionen gegen einen braunen Aufmarsch: „Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Überzeugung, den Neonazi-Strukturen Widerstand entgegenzusetzen.“ Solche entschiedenen Worte waren in Dresden lange nicht zu vernehmen.

#### **Beispiel Wunsiedel: Gericht verbietet Aufmarsch**

Wie in Dresden hatte auch der Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel internationale Bedeutung. Unter anderem kamen belgische Rechtsextremisten, um am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß an dessen Begräbnisort Wunsiedel zu pilgern. Wie in Dresden gab es Ausschreitungen – von rechter wie von linker Seite. Anders als in Dresden wurden die Neo- und Altnazis aber höchst richterlich gestoppt.

Nachdem der Landkreis mehrfach vor Gericht gescheitert war, wurden die Märsche ab 2005 durch alle Instanzen verboten – weil sie letztlich dem Nationalsozialismus huldigten und damit volksverhetzend seien. 2009 bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot. Einer der wichtigsten Aufmärsche der rechtsextremen Szene mit bis zu 5000 Teilnehmern ist seitdem Geschichte.

### **Beispiel Jena: Rathauschef an der Spitze der Nazi-Gegner**

Albrecht Schröter setzt sich nicht nur in Jena gegen Neonazis zur Wehr. Der SPD-Rathauschef der thüringischen Stadt fährt auch schon mal nach Dresden. Am vergangenen Wochenende war er in Sachsens Landeshauptstadt, zusammen mit rund 400 anderen Jenaern, um sich, wie er mitteilte, „den Neonazis friedlich in den Weg zu stellen“. Schröter hat Erfahrung damit. An einem Sonnabend 2007 übertrug er wichtige Aufgaben seinem Ordnungsdezernenten und reihte sich selbst in eine Demonstration gegen das Rechtsrockfestival „Fest der Völker“ ein. Mit Erfolg. Seither suchten die Extremisten Jena nicht mehr heim. In Dresden besetzte Schröter mit „seinen“ Jenaern die Kreuzung von Strehleener Straße und Franklinstraße – einen möglichen Aufmarschweg der Rechten. Schließlich wurde die Aktion offiziell und spontan angemeldet, als Mahnwache. Schröter ist erfreut, distanziert sich aber von Gewalttätern: „Sie diskreditieren die eigentlichen Demokraten.“

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2698972>

---

### **Soko Rex ermittelt**

*Das Landeskriminalamt untersucht die Übergriffe auf ein linkes Wohnprojekt.*

Das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen hat die Ermittlungen zum Angriff von Rechtsextremisten auf ein alternatives Wohnprojekt in Löbtau am 19. Februar übernommen. Es geht um den Verdacht des Landfriedensbruchs im besonders schweren Fall, teilten LKA und Staatsanwaltschaft am Freitag mit.

Die Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) suche Zeugen der Ereignisse. Am Rande der Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche hatten etwa 200 Rechtsextremisten das Gebäude mit Steinen beworfen. Fenster wurden mit Schaufeln eingeschlagen. Hinweise an 08006738152.

Mehr als 400 demonstrieren

Unterdessen verursacht die Razzia im Haus der Begegnung, wo unter anderem die Linke und der Jugendverein Roter Baum Räume nutzen, weiter Wirbel. FDP-Stadtrat Jens Genschmar forderte den Stopp städtischer Fördermittel für den Verein für die

Dauer des Ermittlungsverfahrens. Er wies auf den Verdacht hin, dass von dem Haus aus Straftaten organisiert worden sein könnten. Der Rote Baum erhielt 2010 rund 242000 Euro. Der Anwalt der Linken, André Schollbach, nannte die Durchsuchung rechtswidrig. Am Freitagabend demonstrierten mehr als 400 Menschen vorwiegend aus der linken Szene friedlich gegen den Polizeieinsatz am 19. Februar. (SZ/ale/dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Soko\\_Rex\\_ermittelt/articleid-2698656](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Soko_Rex_ermittelt/articleid-2698656)

---

## **Polizeibeobachter: Mindestens 150 verletzte Demonstranten**

*Arbeitsgruppe fordert nun öffentliche Auswertung der Polizei-Einsätze.*

Abgeordnete, Rechtsanwälte und Journalisten haben den Polizei-Einsatz rund um das Demonstrationsgeschehen anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens kritisch beobachtet. Sie nannten den Einsatz am Sonntag, 13. Februar, angemessen und verhältnismäßig. Indes seien Polizisten am 19. Februar an vielen Stellen Dresdens ungewohnt aggressiv gegenüber Menschen, die Aufmarschstrecken der Nazis blockieren wollten, aufgetreten, heißt es in dem Bericht der Arbeitsgruppe (AG) Polizeibeobachtung, der am Freitag veröffentlicht wurde. AG-Mitglied und Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen fordert eine öffentliche Auswertung der aufgelisteten Vorfälle. Mindestens 150 Menschen seien von Polizisten verletzt worden, weiteren etwa 200 Demonstranten habe Pfefferspray aus den Augen gewaschen werden müssen. Bei den Krawallen wurden auch 82 Uniformierte verletzt. „Selbstverständlich distanzieren mich von Gewalt gegen Polizisten. Ebenso dürfen aber auch friedlich protestierende Menschen nicht mit Gewalttätern gleichgesetzt werden“, so Jähnigen. „Die Polizei sollte darauf drängen, dass die Stadt und die Gerichte ihre Verantwortung besser wahrnehmen. Sie sind die Ursache für die schwere Einsatzlage der Polizei – nicht die Demonstranten.“ (lex)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2698670>

---

## **Für Sachsens LKA-Chef bleiben Thierses Äußerungen „beleidigend“**

*Die Polizei ermittelt gegen den SPD-Politiker wegen des Verdachts der Beleidigung.*

**Dresden.** Nach der Kritik von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) am Polizeieinsatz während der Demonstrationen am 19. Februar in Dresden verhärten sich die Fronten.

Für den Chef des sächsischen Landeskriminalamtes, Paul Scholz, bleiben Thierses Äußerungen „beleidigend“, auch wenn sie „nicht den strafrechtlichen Tatbestand der Beleidigung erfüllen“. Der LKA-Chef reagierte in einem persönlichen Brief an Thierse auf dessen Äußerungen in der SZ vom Freitag. Darin hatte der SPD-Politiker erklärt, dass seine Kritik von Medien „aus dem Zusammenhang gerissen“ wiedergegeben wurde. Im SZ-Gespräch betonte er, dass er „den Beamten keine Vorwürfe“ mache und sie nicht beleidigt habe. Diese Klarstellung reicht dem scheidenden LKA-Chef offenbar nicht. „Bildzeitungsschelte zu betreiben ist wohl einfacher, als sich zu

entschuldigen“, heißt es in dem Brief der der SZ vorliegt.

Wolfgang Thierse erklärte am Freitag, dass er inzwischen massenweise Post von Menschen bekomme, die ihm zustimmen. Sie würden sich „über einen brutalen und einseitigen Polizeieinsatz beklagen“ und hätten teilweise Verletzungen davongetragen. Er bedaure, dass Scholz „keinerlei Anflug von Selbstkritik hinsichtlich des Polizeieinsatzes“ zeige, so Thierse

Inzwischen ermittelt die Dresdner Polizei gegen ihn. Es geht um den Verdacht der Beleidigung. Wolfgang Thierse war nach den Krawallen von einem höheren Polizeibeamten angezeigt worden. Dabei geht es um ein TV-Interview, in dem er unter anderem gesagt hatte: „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. (...) Das ist sächsische Demokratie.“ (SZ/ts mit dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Fuer\\_Sachsens\\_LKA-Chef\\_bleiben\\_Thierses\\_Aeusserungen\\_beleidigend/articleid-2698292](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Fuer_Sachsens_LKA-Chef_bleiben_Thierses_Aeusserungen_beleidigend/articleid-2698292)

---

### **Polizeichef räumt Probleme am 19. Februar ein**

*Dieter Hanitsch bedauert, dass bei der Trennung linker und rechter Gewalttäter Unbeteiligte in "Mitleidenschaft gezogen wurden". Letztlich aber habe es die Polizei geschafft, die Lager zu trennen.*

**Berlin/Dresden.** Die Dresdner Polizei hat erhebliche Probleme bei ihren Einsätzen rund um den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar eingestanden. „Es tut mir außerordentlich leid, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen wurden und dass es zu Sachbeschädigungen zum Beispiel an Fahrzeugen und Häusern gekommen ist“, sagte Polizeipräsident Dieter Hanitsch in einem am Montag vorab veröffentlichten Interview mit der Zeitschrift „SuperIllu“. Linke und Rechte seien in hunderten Zügen durch die Stadt marschiert. „Wir waren einfach zu wenig Polizei für diese Situation.“

Die Einsatzkräfte hätten es aber geschafft, die Lager voneinander zu trennen. „Wenn die rechten und linken Chaoten aufeinandergetroffen wären, hätte es sicher Verletzte, vielleicht sogar Tote gegeben“, sagte Hanitsch der Zeitschrift. Am 19. Februar hatten tausende Menschen in Dresden Aufmärsche von Neonazis blockiert. Dabei kam es zu Randalen, 82 Polizisten wurden verletzt. Auch viele Rechtsextreme wurden gewalttätig. (dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Polizeichef\\_raeumt\\_Probleme\\_am\\_19\\_Februar\\_ein/articleid-2699857](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Polizeichef_raeumt_Probleme_am_19_Februar_ein/articleid-2699857)

---

### **Dresdner Neueste Nachrichten**

#### **Polizeichef Hanitsch räumt Probleme am 19. Februar ein**

*dpa*

Berlin/Dresden. Die Dresdner Polizei hat erhebliche Probleme bei ihren Einsätzen rund um den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar eingestanden. „Es tut mir außerordentlich leid, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen wurden und dass es zu Sachbeschädigungen zum Beispiel an Fahrzeugen und Häusern gekommen ist“, sagte Polizeipräsident Dieter Hanitsch in einem am Montag vorab veröffentlichten Interview mit der Zeitschrift „SuperIllu“. Linke und Rechte seien in hunderten Zügen durch die Stadt marschiert. „Wir waren einfach zu wenig Polizei für diese Situation.“

Die Einsatzkräfte hätten es aber geschafft, die Lager voneinander zu trennen. „Wenn die rechten und linken Chaoten aufeinandergetroffen wären, hätte es sicher Verletzte, vielleicht sogar Tote gegeben“, sagte Hanitsch der Zeitschrift. Am 19. Februar hatten tausende Menschen in Dresden Aufmärsche von Neonazis blockiert. Dabei kam es zu Randalen, 82 Polizisten wurden verletzt. Auch viele Rechtsextreme wurden gewalttätig.

© DNN-Online, 28.02.2011, 16:52 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/citynews/polizeichef-hanitsch-raeumt-probleme-am-19-februar-ein/r-citynews-a-21729.html>

---

### **Soko Rex ermittelt zu Angriff auf „Praxis“**

Die Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) hat die Ermittlungen zu den Angriffen gegen das Wohnprojekt „Praxis“ in Löbtau übernommen. Das teilte LKA-Sprecherin Silvaine Reiche mit. Damit entlasten die Ermittler vom Wilden Mann die Beamten der Polizeidirektion Dresden, die das Thema bislang bearbeitet haben. Die Soko Rex ist spezialisiert auf Ermittlungen wegen Straftaten, die Rechtsextreme begangen haben.

Die „Praxis“ ist ein linkes Wohnprojekt in einem Mehrfamilienhaus an der Ecke Columbusstraße/ Wernerstraße in Löbtau. Am 19. Februar wurde es von etwa 200 Personen angegriffen, die der rechten Szene zugeordnet werden. Die Polizei wurde kritisiert, weil sie nicht unmittelbar eingegriffen hat.

Das LKA sucht nun Zeugen, die die Attacken beobachtet haben. Die Ermittler sind auch interessiert an Angaben zu den Wegenden der Rechten zu diesem Projekt. Hinweise nehmen sie unter der kostenfreien Telefonnummer 0800/6738152 entgegen.

---